

**12. Parteitag der Kommunistischen Partei
Deutschlands
Rechenschaftsbericht des
Zentralkomitees**

Beschlossen im November 2008

Liebe Genossinnen und Genossen,

drei Jahre nach dem 11. Parteitag im Oktober 2005 - und damit vorgezogen - versammelt sich die KPD zu ihrem 12. Parteitag. Das Zentralkomitee der Partei hat es für notwendig gehalten, den ordentlichen Parteitag ein Jahr früher als regulär einzuberufen.

Der Grund hierfür ist die besondere Bedeutung, die diesem Parteitag zukommt, sind die besonderen Aufgaben, die er aus Sicht des ZK lösen muss.

Welche sind die Aufgaben, die der 12. Parteitag lösen muss?

Erstens muss er selbstkritisch, offen und schonungslos die opportunistische und liquidatorische Linie aufdecken und verurteilen, die sich seit mehreren Jahren in der Partei entwickelt hatte und beinahe zu ihrer Zerstörung geführt hätte. Er muss entscheidende Schritte dahin machen, die Bedingungen und Momente zu analysieren, die zur Entwicklung dieser Linie in der Partei geführt haben. Und er muss der Partei den Weg weisen, diese Analyse in den nächsten Jahren zu vertiefen.

Zweitens muss der Parteitag die Partei im Zuge der Überwindung dieser antimarxistischen Linie wieder klar und eindeutig darauf orientieren, eine aktive Rolle im Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Menschen in Deutschland zu spielen. Dabei muss die korrekte Feststellung des 9. Parteitags 1997 bekräftigt und unterstrichen werden:

„Der weitere Aufbau der Partei, qualitativ und quantitativ, kann nur in den aufkeimenden Kämpfen der Arbeiter und des Volkes stattfinden.“

Drittens muss der Parteitag die KPD auf den Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten in Deutschland in einer Partei orientieren und in diesem Zusammenhang die Initiativen beurteilen, die das ZK in der vergangenen Periode zu diesem Zweck unternommen hat.

Dies sind auch die Aufgaben, die die Partei als solche in den kommenden Jahren lösen muss.

Der Parteitag muss sich, um diese Aufgaben zu erfüllen, erneut intensiv mit der Entwicklung der Partei seit dem 9. Parteitag und insbesondere rund um den 10. Parteitag 2001 beschäftigen. Er muss diesen Parteitag, bei dem die opportunistische und liquidatorische Strömung für einige Zeit die Oberhand in der Partei gewinnen und ihr schweren Schaden zufügen konnte, als Schandfleck in der Geschichte der KPD verurteilen. Er muss die korrekten Ergebnisse des 11. Parteitags 2005 herausarbeiten, bei dem der Anfang des Kampfes gegen Opportunismus und Liquidatorentum gemacht worden ist. Er muss aber auch die teilweise inkonsequente und halbherzige Haltung des 11. Parteitags gegenüber dieser Strömung selbstkritisch revidieren.

Der Parteitag muss darüber hinaus erste Schritte dahin machen, den Einfluss des Opportunismus und der Linie des Zurückweichens vor dem Druck der Bourgeoisie nach dem Zerfall der revisionistischen Länder bloßzulegen, der in der Erarbeitung des Programms der KPD von 1993 zum Tragen gekommen ist.

Das ZK ist sich bewusst, dass diese Aufgaben eine gewaltige Herausforderung für den 12. Parteitag und für die Partei sind. Es ist allerdings auch der festen Überzeugung, dass die Lösung dieser Aufgaben unerlässlich ist, um die KPD zu befähigen, sich in der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Menschen in Deutschland zu verankern, die Reihen ihrer Mitglieder substantiell zu stärken und in den kommenden Klassenauseinandersetzungen mit der Bourgeoisie ihre Rolle als Vorhutpartei der Arbeiterklasse einnehmen zu können.

Wir sind davon überzeugt, dass die KPD die Kraft aufbringen wird, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

1. Teil

Die Entwicklung der nationalen und internationalen Lage

Das wesentliche Merkmal der nationalen und internationalen Entwicklung in der Berichtsperiode seit dem 11. Parteitag ist die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und speziell des deutschen Imperialismus. Kennzeichen dieser Krise sind die fortschreitenden Verwertungsprobleme des Kapitals, die zum immer gnadenloseren Konkurrenzkampf unter den Monopolen und imperialistischen Mächten führen; die chronische Massenarbeitslosigkeit und die Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Die Angriffe von Kapital und Staat auf das Proletariat und die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland

Angesichts der allgemeinen Krise geht die Bourgeoisie bei ihren Anstrengungen, die Mehrwertrate zu steigern, verstärkt in die Offensive und treibt zahlreiche Maßnahmen voran, die die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse weiter verschlechtern.

Einen wichtigen Teil dieser Offensive betreibt die Bourgeoisie über ihren Staat: Die Große Koalition unter Angela Merkel, die im Herbst 2005 die SPD-Grünen-Regierung abgelöst hat, hat den staatlichen Großangriff auf die Arbeiterklasse, der mit der Agenda 2010 unter Schröder eingeleitet wurde, fortgesetzt und verschärft: Erstens mit direkten Attacken auf die beschäftigten KollegInnen (Lockerung des Kündigungsschutzes, Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, Abschaffung der Pendlerpauschale, „Gesundheits“reform); zweitens mit einer weiteren Erhöhung des Drucks auf Erwerbslose, jede noch so mies bezahlte Arbeit anzunehmen (Kürzung des ALG II für Jugendliche unter 25 Jahren und Ausweitung der Schikanen gegen ALG-II-Empfänger); drittens mit Raubzügen gegen die gesamte Bevölkerung (u.a. die Erhöhung der Mehrwertsteuer).

Die Krise wird vermehrt auch auf die Schultern der Jugend in Deutschland abgewälzt: Durch Ausbildungsplatzmangel und Jugendarbeitslosigkeit wird immer mehr Jugendlichen die Perspektive genommen. Hinzu kommt die Einführung von Studiengebühren. Die Universitäten werden zunehmend zu wirtschaftsorientierten

Kaderschmieden umgewandelt, die qualifizierte Arbeitskräfte je nach Konjunkturlage ausspucken sollen und nur noch für Kinder aus reichem Elternhaus oder erbarmungslose Karrieristen offen stehen. Der Staat kürzt seine Ausgaben im Bildungssektor, bundesweit werden Schulen unter „demographischen“ Vorwänden geschlossen und Sponsoren- und Privatisierungsprojekte vorangetrieben, um die Bildung unmittelbar an den Lehrplan der Konzerne anzupassen.

Gleichzeitig wurden den Monopolen laufend neue Steuergeschenke gemacht und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zugunsten der Banken vorangetrieben.

Auch die unmittelbaren Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse haben weiter zugenommen: Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Arbeitszeitverlängerungen und Arbeitsintensivierung, die Ausweitung der so genannten Flexibilisierung, insbesondere die massive Ausweitung von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung, „1-Euro-“, „Mini“- und „Midi“-Jobs usw.

Das Resultat: Die Reallöhne der ArbeiterInnen sind weiter gesunken. Im Osten Deutschlands wird im Schnitt zwanzig Prozent weniger Lohn gezahlt als im Westen – in manchen Berufen sind es sogar bis zu 40 Prozent. Frauen verdienen durchschnittlich noch mal zwanzig Prozent weniger als Männer. Mittlerweile lebt in Deutschland jeder achte laut Statistiken in Armut, ohne staatliche Hilfe wäre es jeder vierte.

In den Medien wird großspurig behauptet, die Zahl der Arbeitslosen sei zurückgegangen, gar auf einem Tiefstand angelangt. Abgesehen davon, dass diese Zahlen nur dadurch zustande kommen, dass ganze Gruppen von Erwerbslosen aus den Statistiken herausdefiniert werden – dass die Statistiken also gefälscht sind: Die Arbeitsplätze, die angeblich geschaffen worden sind, sind zum größten Teil prekäre Arbeitsverhältnisse:

Die Zahl der LeiharbeiterInnen hat sich im Zeitraum von 2004 bis Mitte 2007 auf 730.000 fast verdoppelt. Geringfügig Beschäftigte gab es Mitte 2007 6,9 Millionen (Vergleich: 4,8 Millionen im Jahr 2004). Diese Beschäftigungsverhältnisse dienen dem Kapital auf doppelte Weise: einerseits werden durch sie die Lohnkosten für die Kapitalisten reduziert und es entfallen fast alle Zusatzkosten wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsgeld usw.; andererseits wird dadurch die Organisation der ArbeiterInnen im jeweiligen Betrieb erschwert, sodass insbesondere LeiharbeiterInnen häufig gezielt als Streikbrecher eingesetzt werden.

Die Krise des Kapitalismus und die dargestellte Entwicklung haben in Deutschland in

den letzten drei Jahren eine Vielzahl von hart geführten Arbeitskämpfen hervorgebracht, deren Anlässe in den allermeisten Fällen offensive Maßnahmen der Kapitalisten zur weiteren Lohnsenkung, Rationalisierung und Verschärfung der Arbeitsbedingungen gewesen sind. Genannt seien die zahlreichen hart geführten Tarifikämpfe und die Streiks bei AEG in Nürnberg, Bosch-Siemens- Hausgeräte in Berlin, Telekom in Bonn, Gate-Gourmet in Düsseldorf oder bundesweit bei Airbus und der Deutschen Bahn.

Hart geführt heißt aber: Diese Arbeitskämpfe haben auch die wachsende Entschlossenheit und Kampfkraft der Arbeiterklasse gezeigt. Gerade die Tarifauseinandersetzungen, die Streiks bei AEG und Telekom oder der Lokführerstreik Ende 2007 sind hierfür beispielhaft. Häufig haben die reaktionären Gewerkschaftsführer die Kampfbereitschaft der KollegInnen unterschätzt und hatten alle Mühe, die Kämpfe im Interesse des Kapitals abzuwürgen. Und nicht zuletzt lässt sich diese Entwicklung daran sehen, dass das Jahr 2007 überhaupt die höchste Zahl an Streiktagen seit 14 Jahren aufgewiesen hat.

Die Arbeiterklasse hat auf die Offensive der Bourgeoisie also mit einer Ausweitung und Verstärkung ihres Kampfes geantwortet. Dieser bestand zwar zum allergrößten Teil aus Abwehrkämpfen, war auf den ökonomischen Sektor beschränkt, kaum mit den politischen Demonstrationen und Aktionen gegen den Sozialabbau und die weiteren Angriffe verbunden und in den meisten Fällen sind die konkreten Kampfesziele noch nicht erreicht worden. Es muss aber dennoch unterstrichen werden:

Die Arbeiterbewegung befindet sich heute nicht auf einem Tiefpunkt, wie es von allerlei linken und rechten Opportunisten gepredigt wird, sondern sie befindet sich in einer Aufwärtsbewegung.

Die geschilderten Angriffe von Kapital und Staat auf das Proletariat haben eine große ökonomische Wirkung. Sie haben ihre Parallelen in den anderen großen EU-Staaten, in den USA und in Japan. Die Weltwirtschaftskrise, die gerade beginnt, ist ihr direktes Ergebnis.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise

1) Die Tatsachen der Weltwirtschaftskrise

Überproduktion

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise ist eine Krise der kapitalistischen Überproduktion. Die

Grundlage der Krisen im Kapitalismus ist der Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung der Arbeitserzeugnisse. Erscheinungsformen dieses Widerspruchs sind erstens der Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion innerhalb der einzelnen kapitalistischen Konzerne und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft, und zweitens der Widerspruch zwischen dem gewaltigen Wachstum der Produktionsmöglichkeiten des Kapitalismus und der relativen Verringerung der zahlungsfähigen Nachfrage seitens der werktätigen Massen.

Finanzkrise

Die bisherigen Krisenerscheinungen haben dabei von August bis Oktober 2007 vornehmlich die Börse als Schauplatz gehabt. Dabei spielten die geplatzte Spekulation auf dem US-amerikanischen Häusermarkt und der damit zusammenhängende Zusammenbruch des Marktes für Kreditausfallversicherungen („Credit Default Swaps“, CDS) die Hauptrolle. Die Verluste belaufen sich weltweit auf mehr als 4000 Milliarden Euro. Besonders schwer betroffen sind die USA als Kernland der Finanzkrise, gefolgt von England und Deutschland. Insgesamt beurteilt die englische Notenbank die Situation so: *„Die Instabilität des Finanzsystems ist so groß, wie seit Menschengedenken nicht“*.

Industriekrise

Diese Wirtschaftskrise tritt dabei in bislang ungekanntem Maße beinahe gleichzeitig in fast allen Ländern der Welt auf. Sie trifft bis jetzt gerade diejenigen kapitalistischen Ökonomien am heftigsten, die am meisten entwickelt sind. Die Krise der Industrie ist allen voran in den USA aber auch in den EU-Kernländern und Japan am weitesten fortgeschritten. Hier liegt der Haupt-Krisenherd. Die US-Industrieproduktion ist im September 2008 mit einem Abbau von 2,8% binnen eines Monats so stark geschrumpft wie in den 34 vorangegangenen Jahren nicht mehr. Auf ein Jahr fortgerechnet würde das einen Gesamtrückgang von 40% bedeuten. Die britische Industrie geht davon aus, dass sie die Produktion so stark drosseln wird wie zuletzt 1978. Italiens Industrieproduktion ist im Jahr seit dem Oktober 2007 um 11% gesunken. Die Geschäftserwartungen der größten deutschen Unternehmen für das folgende Halbjahr sind laut „ifo-Index“ vom Oktober 2008 auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gefallen, der Absturz ist so steil wie noch nie in der Nachkriegsgeschichte. Diese Zahlen kündigen eine schwere Krise der Industrieproduktion der imperialistischen Großmächte an.

Gleichzeitig sind auch kleinere Industrieländer besonders schwer betroffen. In vielen

dieser Länder wird die Folge mehr Hunger und mehr Elend für die Ärmsten der Armen sein. Schon jetzt stehen Pakistan, Ungarn und die Ukraine vor dem Staatsbankrott und werden von den Großmächten genauso mit Krediten gestützt, wie der Inselstaat Island. Auch die aufsteigenden kapitalistischen Großmächte China, Brasilien und Indien, deren Marktnachfrage eine wichtige Säule der Weltwirtschaft darstellt, zeigen erste Krisenerscheinungen.

In dieser Weltwirtschaftskrise schlucken die größeren Kapitalisten die kleineren Kapitalisten und werden ihrerseits von den riesigen Zentralen des Finanzkapitals verschluckt. Dabei sind bereits einige der Zentralen des Finanzkapitals untergegangen oder von ihren Konkurrenten gefressen worden. So z.B. zwei der größten US-Banken, nämlich Bear Stearns im April 2008 von der Großbank JP Morgan und Merrill Lynch im September 2008 von der Bank of America.

Die Weltwirtschaftskrise bedeutet ebenfalls ein sagenhaftes Anwachsen der Arbeitslosigkeit auf dem gesamten Globus. Die internationale UN-Arbeitsorganisation (ILO) rechnet in ersten Schätzungen damit, dass diese Krise mindestens 20 Millionen Menschen arbeitslos machen wird. Und dabei liegen die Arbeitslosenzahlen bereits auf historischem Rekordniveau. In Deutschland lebt nach jüngsten offiziellen Angaben der OECD jeder fünfte Mensch in einem Haushalt ohne einen einzigen Erwerbstätigen, das ist „Rekord“ in den 30 entwickelten OECD-Staaten.

2) Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise - man tappt im Dunkeln

Angesichts dieser schweren Lage für breite Teile der Weltbevölkerung und der zerstörerischen Kraft der Krise, die sich weltweit gerade erst entfaltet, sucht alle Welt nach den Ursachen der Krise und nach den Mitteln und Wegen, die Krise zu überwinden.

Viele ansonsten besonders großmäulige bürgerliche „Ökonomen“ schweigen, andere entwickeln die absurdesten und lächerlichsten Theorien um die wahren Ursachen zu verwischen. Wieder Andere bleiben bei den Erscheinungen stehen, ohne die Wurzeln der Krise im kapitalistischen Wirtschaftssystem zu begreifen.

Letzteres Phänomen ist in der deutschen „Linken“ besonders populär. Wohin man auch blickt, die Partei Die Linke, die DKP, ATTAC, Gegenstandspunkt: Alle sprechen auf die eine oder andere Art davon, die „Finanzkrise“ würde sich inzwischen auf die reale Wirtschaft „auswirken“, „eine Wirtschaftskrise verursachen“ usw., und vergessen

dabei, dass die Ursachen für die Finanzkrise vielmehr in der realen Wirtschaft zu suchen sind.

Engels kommentierte diese Sichtweise 1890 in einem Brief an C.Schmidt folgendermaßen: *„Der Geldmarktmensch sieht die Bewegung der Industrie und des Weltmarks eben nur in der umkehrenden Widerspiegelung des Geld- und Effektenmarkts [Aktien- und Anleihemarkts], und da wird für ihn die Wirkung zur Ursache.“* (MEW Bd.37, S.488)

Viele Stimmen aus Finanzkapital und Regierung fordern eine stärkere gesetzliche Regelung der Geschäfte der Banken und Hedge-Fonds. Klar ist, dass kein Gesetz der Welt den Kapitalismus „krisensicher“ machen kann.

3) Umstände, die die heutige Weltwirtschaftskrise verschärfen

Bei der heutigen Krise handelt es sich um eine aufs äußerste *verschärfte* Überproduktionskrise. Sie ist Ausdruck des verwesenden Imperialismus.

Ihre **Hauptzentren** liegen in den USA, der EU und Japan, die gemeinsam zwei Drittel der gesamten Produktion aller Länder der Welt in ihren Händen konzentrieren. Eine solche Krise muss unter diesen Bedingungen zu einer Anhäufung besonderer Schwierigkeiten für den Weltkapitalismus führen.

Die **Monopolpreise**, die angesichts der weit fortgeschrittenen Konzentration der Kapitale in vielen Marktsektoren vorherrschen, verhindern teilweise ein Absinken der Preise der überproduzierten Waren, vertiefen und verlängern also die Krise.

Der **fehlende Aufschwung im letzten Krisenzyklus**, d.h. die ausgebliebene Lohnsteigerung und das äußerst geringe Wirtschaftswachstum, schafft besonders ungünstige Bedingungen für eine rasche Erholung und verstärkt somit die Krise.

Das historisch einmalige **Wachstum des Kredits** hat dabei den Ausbruch der Krise verschleppt und die Wucht der Überproduktion erhöht. In den imperialistischen Ländern ist heute eine Verschuldung der Arbeiterfamilien mit dem anderthalbfachen Jahreseinkommen völlig normal. Das ist die Folge der Angriffe der kapitalistischen Großkonzerne und der Regierungen in den betreffenden Ländern. Der Absatz eines großen Teils der kapitalistischen Weltproduktion findet überhaupt nur noch auf Pump, also mit dem Geld der Arbeiter von morgen statt. Dabei geht über den Kredit ein

immer größerer Teil der Lebensmittel der Werktätigen in den Besitz der Finanzmonopole und Börsenspekulanten über, die über die Kreditzinsen eine neue, zusätzliche Ausbeutungsquelle gefunden haben.

Die scheinbar endlos elastische Ausdehnung des Kredits stößt aber an einem gewissen Punkt an äußerst rigide Grenzen. Die Überschuldung der Werktätigen in den imperialistischen Ländern wird verhindern, dass sich die zahlungsfähige Nachfrage der Massen schnell erholen kann. Die Arbeiterverschuldung hat also das Marktproblem insgesamt nicht gelindert, sondern vertieft.

4) Resultate der Weltwirtschaftskrise

Die allgemeine Wirkung der Weltwirtschaftskrise ist die Enthüllung und Verschärfung der dem Imperialismus innewohnenden Widersprüche.

Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen sich und werden dadurch zunehmend offener in Erscheinung treten.

Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten und den unterdrückten Ländern verschärfen sich und treten besonders offen zu Tage.

Die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat werden weltweit verschärft und enthüllt. Die Bourgeoisie hat bereits die Staatsmaschinen rund um den Globus in Bewegung gesetzt, um möglichst alle Krisenfolgen auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Über „Rettungspakete“ wurden bis Oktober 2008 mehr als 3000 Milliarden Euro an Krediten, Bürgschaften, Aktienkäufen und direkten Geldschenkungen an das Finanzkapital verschenkt. In Deutschland hat die Merkelregierung bisher 500 Milliarden Euro Geschenke, Kredite, Bürgschaften und Kapitalstützen in die Hand genommen.

Kapital und Regierung werden durch die Krise dazu gedrängt werden, die Angriffe auf Arbeiter, Arbeitslose, Rentner, Schüler, Studierende und Kranke noch mehr auszuweiten. In Erwartung dieser Entwicklung bauen sie ihre Machtinstrumente aus und schärfen ihre Waffen gegen das Volk.

In der Arbeiterklasse und bei allen werktätigen Menschen wächst durch die Weltwirtschaftskrise das Bewusstsein, dass der Kapitalismus nicht dazu in der Lage ist, die materielle Lage der arbeitenden Massen zu stabilisieren. Das Gegenteil wird für sie greifbar: Die Befriedigung von Profitinteressen und Launen der parasitären Klassen bestimmt den Gang des Weltwirtschaftssystems und damit letztlich die Lebensbedingungen der Völker. Dadurch werden die Lügen über einen „menschlichen

Kapitalismus“ und die „soziale Marktwirtschaft“ bloßgestellt als das was sie sind: Das letzte Feigenblatt des faulenden Imperialismus.

Diese Zerstörung der bürgerlichen Illusionen ist gerade erst in ihren Keimen begriffen, wird aber in den nächsten Jahren deutlich beschleunigt werden. Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat wird absehbar zu einer politischen Krise führen.

Im Bewusstsein der desillusionierenden Wirkung der Weltwirtschaftskrise ist es die Aufgabe von uns KommunistInnen, konsequent das Klasseninteresse der Arbeiter zu vertreten und die Lügen von Kapital, Staat und Wirtschafts“wissenschaft“ zurückzuweisen. Die Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse unter der Losung „Das Kapital soll die Krise bezahlen“ - also die Positionierung gegen jede Art von Krisensubventionen an das Kapital - und die Propagierung der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus werden angesichts der Weltwirtschaftskrise zunehmend auf offene Ohren stoßen.

Der Einfluss des Reformismus und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung und die Entstehung der Partei Die Linke

In aller Deutlichkeit haben die Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre noch eines gezeigt: Das größte Hindernis für die Kampfkraft der Arbeiterklasse, das sie nach wie vor fesselt, ist der Einfluss des Reformismus und des Opportunismus in der Arbeiterbewegung.

Die Offensive der Bourgeoisie und der wachsende Widerstand von Seiten der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung haben Teile der Reformisten und Opportunisten dazu gezwungen, sich politisch neu zu formieren: die SPD - sozusagen die alte Bastion des Reformismus - hatte als Regierungspartei unter Schröder und Müntefering die Offensive mit der Agenda 2010 vorangetrieben und damit das Feigenblatt des Reformismus weitestgehend abgelegt.

Als Reaktion auf die Massenbewegung gegen diese sozialen Angriffe ist - insbesondere aus den Reihen von Gewerkschaftsfunktionären, die aus der SPD kamen - zunächst die WASG entstanden, die sich rund um die Bundestagswahlen 2005 mit der in

Ostdeutschland stark verankerten PDS vereinigt hat.

Die neu entstandene Partei „Die Linke“ ist eine linkssozialdemokratische Partei und ein Sammelbecken aller möglichen Opportunisten, Trotzlisten und Reformisten. Ihre objektive Funktion für die Bourgeoisie ist es, die breitesten Teile der fortschrittlichen, demokratischen Kräfte in Deutschland zu absorbieren, um ihren Kampf auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung und des Grundgesetzes zu halten. Die Taktik dieser Partei im Kampf gegen die Bourgeoisie ist die reformistische: Sie strebt an, das kapitalistische System durch „Reformen“ zu verändern. Das führt dazu, dass sie in den Klassenauseinandersetzungen einerseits manche Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse aufgreift. In der Praxis bricht sie den Kämpfen für diese Interessen jedoch die Spitze ab und sucht letztendlich den Kompromiss mit der Bourgeoisie: Sei es beim Kampf gegen die Agenda 2010 (*„Die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze müssen zurückgenommen werden“*), sei es beim Kampf gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr (*„Deutschland (...) holt die Soldaten aus solchen Einsätzen Schritt um Schritt zurück“*), sei es auf zahlreichen anderen Gebieten.

Die praktische Konsequenz des Reformismus der „Linken“ lässt sich bereits heute in Berlin beobachten, wo diese Partei an der Landesregierung beteiligt ist und hemmungslose Sanierungspolitik auf Kosten der Arbeiterklasse, Sozialabbau und Privatisierungen vorantreibt.

„Die Linke“ ist ein Werkzeug für die Bourgeoisie zur Täuschung und Irreführung der Arbeiterklasse. Perspektivisch ist sie die Antwort des Reformismus auf die Gefahr der Revolution und des Sozialismus.

Das alles ändert nichts daran, dass wir dort, wo „Die Linke“ in einzelnen Fragen Forderungen und Interessen der Arbeiterklasse aufgreift und für diese eintritt, mit ihr zusammenarbeiten. Dass viele fortschrittliche Menschen diese Partei darüber hinaus aus ehrlichen Motiven unterstützen, weil sie sich eben Illusionen über sie machen und dass der hohe Wähler- und Unterstützerzulauf dieser Partei ein Zeichen dafür ist, dass immer größere Teile der Bevölkerung nach einer Alternative zur Politik des Kapitals suchen - was positiv zu bewerten ist - darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden und muss bei der Ausarbeitung einer konkreten Tagespolitik gegenüber der „Linken“ ebenso in Rechnung gestellt werden. Letztendlich wird es sich im gemeinsamen realen Kampf gegen die Bourgeoisie zeigen, wer auf reformistischen Positionen steht und wer nicht.

Es ist kein Zufall, dass „Die Linke“ und ihre Vorläuferorganisationen im Westen insbesondere von Funktionären der Gewerkschaft aufgebaut worden sind, die die SPD verlassen hatten. Die Gründung der „Linken“ ist Ausdruck des Bestrebens dieser Kräfte, ihren Einfluss auf die Arbeiterklasse nicht zu verlieren. Dementsprechend bemüht sich „Die Linke“ seit ihrer Gründung, ihren Einfluss auf die Gewerkschaften auszubauen.

Die KommunistInnen müssen die Betriebe und Gewerkschaften erobern!

Seine wesentliche Stütze und sein wichtigstes Einflussgebiet hat der heutige Opportunismus in den Gewerkschaften, und zwar vor allem in den DGB-Gewerkschaften. Die Gewerkschaften befinden sich unter der Kontrolle der Arbeiteraristokratie. Ihre Führungen sind häufig direkt mit dem Finanzkapital verschmolzen. Sie sichern ihre Macht auf vielfältige Weise und durch allerlei Mechanismen in den gewerkschaftlichen Strukturen.

Die reaktionären Gewerkschaftsführer haben auch in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass sie vor keiner Schandtat zurückschrecken, um die Kämpfe der KollegInnen abzuwürgen, sie in Sackgassen zu führen und im Dienste der Bourgeoisie die Angriffe gegen die Arbeiterklasse mit durchzusetzen.

Als lehrreiche Beispiele für diese Funktion der Arbeiteraristokratie und des Gewerkschaftsbontentums im Imperialismus, für ihre Verbindungen mit der Monopolbourgeoisie mögen das Agieren der Gewerkschaftsführungen während der diversen Tarifrunden, die Affäre um die Betriebsräte bei VW, der Wechsel des Transnet-Chefs Hansen in den Vorstand der Deutschen Bahn oder die Werkschließung bei Nokia in Bochum Anfang 2008 herangezogen werden, wo die IG-Metall vor Ort Arbeitskämpfe zur Verhinderung der Schließung direkt verhindert und das Werk im Dienst der Konzernführung abgewickelt hat.

Es muss darauf hingewiesen werden, dass der Reformismus keinesfalls von selbst, auf spontanem Wege untergeht. Die Entstehung der „Linken“ hat wieder einmal gezeigt, dass Reformismus und Opportunismus sich immer neue Erscheinungs- und Organisationsformen suchen werden, um die Massen in die Irre zu führen. Vernichtend geschlagen werden können sie nur durch den aktiven Kampf der revolutionären Kräfte um den Einfluss in der Arbeiterklasse und bei den übrigen werktätigen Menschen.

Ohne kommunistische Partei und ohne Gewerkschaften, die tatsächlich Kampfinstrumente der Arbeiterklasse sind, ist die Arbeiterklasse nicht in der Lage, den Kampf für die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenslage zu führen. Geschweige denn, dass sie in der Lage wäre, den Kampf für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus erfolgreich zu führen.

Das macht es für die KommunistInnen in Deutschland unbedingt notwendig, in den Betrieben und Gewerkschaften zu arbeiten, dort den Kampf der KollegInnen für ihre Interessen anzuführen und den Einfluss der Arbeiteraristokratie in diesem Kampf zurückzudrängen.

Bereits für den Aufbau der Kommunistischen Partei ist diese Frage von zentraler Bedeutung.

Der 9. Parteitag hatte hierzu korrekt festgestellt:

*„Der weitere Aufbau der Partei, qualitativ und quantitativ, kann nur in den aufkeimenden Kämpfen der Arbeiter und des Volkes stattfinden. Generell muss sich die Partei um eine noch stärkere Teilnahme am Klassenkampf bemühen. Es muss der Normalzustand sein, dass Genossinnen und Genossen in einer Massenorganisation und im Massenkampf aktiv sind. Die Verschärfung der Angriffe des Kapitals auf die arbeitenden Menschen und die unteren Schichten und die damit sich entwickelnden Kämpfe, auch wenn sie zunächst vor allem defensiv sind und aus einer schwachen Position heraus erfolgen, geben uns viele neue Möglichkeiten, die wir entschlossen nutzen müssen. Es ist unsere Pflicht als Kommunisten darin aktiv zu sein und die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. **Nur in solchen Kämpfen kann man die aktivsten und kämpferischsten Kräfte finden und für die Partei gewinnen. Und klar ist, dass für solche Kräfte nur eine Kampfpartei interessant ist.**“*

Der Aufbau der Kommunistischen Partei ist kein spontaner Prozess. Er kann nur als bewusster Akt geschehen, durch das bewusste und planmäßige Hineintragen des marxistisch-leninistischen Bewusstseins in die Arbeiterbewegung, durch die strategische Orientierung auf Betriebszellen, welche die Brücke zwischen dem ökonomischen Kampf der Arbeitermassen und der Perspektive der Revolution und des Sozialismus schlagen müssen.

Wie der 9. Parteitag jedoch richtig feststellt, ist es absolut notwendige Voraussetzung

für den Aufbau der Partei, dass die KommunistInnen in den Kämpfen der Arbeiterklasse und der werktätigen Menschen aktiv sind und dort eine vorwärtstreibende Rolle spielen. **Nur dann** – nämlich wenn die KollegInnen uns KommunistInnen als diejenigen wahrnehmen, die an ihrer Seite aktiv und aufopferungsvoll für ihre Interessen kämpfen - werden sie sich veranlasst sehen, sich mit unserer Partei, mit unserer Propaganda auseinanderzusetzen. **Nur dann** kann die Perspektive der Revolution und des Sozialismus massenhaft an sie herangetragen werden und auf offene Ohren stoßen.

Wer die Kommunistische Partei in Deutschland aufbauen will, muss als KommunistIn dort, wo er lebt und arbeitet, praktisch aktiv werden:

Das heißt, dass jede Kommunistin, jeder Kommunist im tagtäglichen Klassenkampf an seiner Arbeitsstelle aktiv mitwirken muss.

Das heisst, dass jeder Kommunist, jede Kommunistin die Notwendigkeit erkennen muss, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein.

Diese Frage behandelte auch Genosse Enver Hoxha im letzten Kapitel seines Buches „Eurokommunismus ist Antikommunismus“, in dem er sich Ende der siebziger Jahre mit wesentlichen Problemen der marxistisch-leninistischen Parteien des damaligen Westeuropa auseinandersetzte:

„Die aktive Mitgliedschaft der Kommunisten in den bestehenden Gewerkschaften ist nicht von irgendwelchen Faktoren abhängig und auch keine 'Taktik', wie uns die Trotzlisten vormachen wollen, sondern eine grundsätzliche Haltung, die in der leninistischen Lehre begründet ist, dass sich die notwendige Einheit der Arbeiterklasse nicht herstellen lässt, wenn man nicht unter den Massen arbeitet und sie vom Einfluss der Bourgeoisie und der verschiedenen Opportunisten löst.“

(Enver Hoxha, „Eurokommunismus ist Antikommunismus“, Verlag Roter Morgen, S. 227)

Dementsprechend hatte der 11. Parteitag der KPD in dieser Frage zurecht festgestellt: *„Die Gewerkschaften des DGB befinden sich nach wie vor in der Hand der Arbeiteraristokratie. Die Vorherrschaft des Reformismus in den Gewerkschaften, vor allem aber die offene Politik des Verrats und des Streikbruchs seitens der Gewerkschaftsführungen hat in den vergangenen Jahren zu einer Welle von Gewerkschaftsaustritten geführt. Selbst klassenkämpferische und fortschrittliche Gewerkschafter liebäugeln inzwischen mit einem solchen Schritt. Wir halten das für*

falsch. Die Gewerkschaften sind nach wie vor die größte und wichtigste Massenorganisation der Arbeiterklasse. Gerade weil der Reformismus in den Gewerkschaften vorherrscht, gerade angesichts des Verrats und des Streikbruchs der Gewerkschaftsführer, ist es notwendig, in den Gewerkschaften zu bleiben und in ihnen – trotz aller Schwierigkeiten – in klassenkämpferischem Sinne zu arbeiten. Die Entwicklung der Selbsttätigkeit der Gewerkschaftsmitglieder, die Stärkung des Vertrauens in ihre eigenen Kräfte, der zähe und langwierige Kampf gegen den Reformismus in den Gewerkschaften, all das ist von erstrangiger Bedeutung. (...) Unsere Partei hat, wenn wir von dem Eingreifen im Kampf gegen den Sozialabbau absehen, in Betrieb und Gewerkschaft keine Rolle gespielt. In den Tarifrunden, in den betrieblichen Kämpfen gegen Schließungen und Massenentlassungen war die KPD in der Regel nicht vertreten. Die Arbeit in Initiativen und Bündnissen gegen Sozialabbau, auf Konferenzen und Treffen von Linken Gewerkschaftern, das Auftreten in diesen Organisationen als 'aktive' Gewerkschafter, kann die systematische Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, die Mobilisierung und Organisierung der Kolleginnen und Kollegen nicht ersetzen. Es ist deshalb für die Partei eine vorrangige Aufgabe, wieder in Betrieb und Gewerkschaft Fuß zu fassen und alle Möglichkeiten für die Arbeit in diesem Bereich zu nutzen.“ (S.31)

Der 11. Parteitag hat damit einen wichtigen ersten Schritt geleistet, die falschen, antimarxistischen Auffassungen über die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, die rund um den 10. Parteitag für einige Zeit Oberhand in der KPD gewinnen konnten, zu revidieren. Diese Auffassungen werden wir in einem anderen Kapitel dieses Berichtes ausführlich und schonungslos offenlegen und Selbstkritik dafür üben.

Entscheidend für die Eroberung von Betrieben und Gewerkschaften durch die revolutionären Kräfte und das Zurückdrängen des Einflusses der Arbeiteraristokratie ist, dass sich die Kolleginnen und Kollegen anhand ihrer eigenen Erfahrungen von der Richtigkeit der revolutionären, klassenkämpferischen Taktik und der Schädlichkeit der reformistischen Taktik überzeugen. Die KommunistInnen in den Betrieben und Gewerkschaften sind deshalb in erster Linie als Mobilisatoren und Organisatoren im Kampf gegen das Kapital gefragt. Es ist ihre Aufgabe, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen den Kampf zu organisieren und als Vorhut an der Spitze dieses Kampfes zu stehen. Dazu muss sich jeder Kommunist, jede Kommunistin befähigen und es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, ihre Mitglieder zu Kadern für die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft auszubilden. Wer nicht in den alltäglichen Auseinandersetzungen im Betrieb eine führende, aktive Rolle spielt, kann im Ernst nicht daran denken, in den „großen“ Auseinandersetzungen eine Rolle spielen zu

können.

Der Kampf um die Eroberung der Betriebe und Gewerkschaften schließt selbstverständlich auch ein, dass KommunistInnen Funktionen erobern, Vertrauensleute und Betriebsräte werden und auch gewerkschaftliche Ämter einnehmen.

Gerade über diese Frage herrscht in der kommunistischen Bewegung in Deutschland seit langem schon eine politische Unklarheit. Auch in unserer Partei hat es in dieser Frage Unklarheit und falsche Auffassungen gegeben. Oftmals wird die Ablehnung der Arbeit für die Eroberung der Gewerkschaften damit begründet, dass der unter dem Einfluss der Arbeiteraristokratie stehende Gewerkschaftsapparat nicht zu erobern sei. Es ist aber ein schwerer Fehler, den Gewerkschaftsapparat mit den Gewerkschaften gleichzusetzen.

Wenn wir von der Eroberung der Gewerkschaften sprechen, dann meinen wir damit die **Eroberung der Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften für den revolutionären Klassenkampf**. Dann meinen wir damit die **Isolierung der Gewerkschaftsführung und -bürokratie** durch die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder und schließlich die **Übernahme der Gewerkschaftsführung** durch ihre revolutionärsten Vertreter.

Eine ganz andere Frage ist es, ob man den Gewerkschaftsapparat, so wie er heute ist, erobern kann. Wir sind ziemlich sicher, dass das nicht möglich ist. Eroberung der Gewerkschaften heißt eben auch Veränderung der Gewerkschaften, ihre grundlegende Demokratisierung und ihre Abkoppelung vom Kapital.

Dass dieser Teil des Klassenkampfes, der Kampf gegen die Arbeiteraristokratie in den Gewerkschaften, mit besonders harten Bandagen geführt wird, dass die reaktionären Gewerkschaftsführer zu allen erdenklichen Mitteln greifen werden, um ihre Macht zu behaupten, dass sie ihrerseits versuchen werden, die revolutionären Kräfte aus den Gewerkschaften hinauszusäubern und die Gewerkschaften zu spalten, darüber darf man sich keinen Illusionen hingeben.

Das bedeutet aber doch gerade, dass die KommunistInnen und klassenkämpferischen Elemente alle ihre Möglichkeiten nutzen müssen, jedes zu erobernde Terrain besetzen müssen, um diesen Kampf zu gewinnen. Das bedeutet doch gerade, dass wir Funktionen wie Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute, Funktionen in den

Gewerkschaften – auch höhere – nicht den Reformisten und Agenten der Bourgeoisie überlassen dürfen. Im Gegensatz dazu ist es notwendig, den Gewerkschaftsapparat im Sinne der Arbeiterklasse so weit auszunutzen, wie es möglich ist.

Für uns KommunistInnen sind diese Funktionen eben kein Selbstzweck, dienen nicht dazu, sich auf dem jeweiligen Posten auszuruhen, sondern sind Mittel, oder besser: Kampfposten, zu erobernde Stellungen im Klassenkampf. Inwieweit die Einnahme eines bestimmten Postens im Betrieb in einem gegebenen Moment die konkreten Kampfbedingungen für die KommunistInnen im Betrieb verbessert, muss taktisch entschieden werden. Hier und heute aber jedweder Praxis in Betrieb und Gewerkschaft die Voraussetzung voranzustellen, dass der Gewerkschaftsapparat nicht erobert werden kann, ist defätistisch und führt über kurz oder lang zur Passivität.

Die Bourgeoisie treibt die Faschisierung des Staatsapparates voran

Angesichts der Krise, angesichts ihrer Offensive gegen das Proletariat bereitet sich die Bourgeoisie in Deutschland auf die kommenden Klassenauseinandersetzungen vor: Die Faschisierung des Staatsapparates und die Militarisierung nach innen wurden von der SPD-Grünen-Regierung und jetzt in noch stärkerem Maße von der Großen Koalition und ihrem Innenminister Schäuble vorangetrieben.

Die Überwachungsbefugnisse des Staates wurden ausgedehnt: Die Ausspitzelung von Computern und privatem Internet-Verkehr, die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung von allen Telefon- und Internetverbindungen, die Ausweitung öffentlicher Kameraüberwachung, die routinemäßige Rasterfahndung auf der Straße und die Aufnahme biometrischer Daten in den Reisepass. Mit Projekten wie der Anti-Terror-Datei wurde die Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgeweicht.

Beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 kamen mehr als 1000 Soldaten sowie technische Ausrüstungen und Fahrzeuge der Bundeswehr zum Einsatz, darunter Spähpanzer und Tornado- Aufklärungsflugzeuge. Trotz nachträglicher Rüge durch die Gerichte wurden damit Tatsachen geschaffen, um unbeschränkte Einsätze der Bundeswehr im Innern voranzutreiben, wie Schäuble sie bereits vor der Fußball-WM 2006 gefordert hatte. Gefangene wurden während des G8-Gipfels in Käfigen festgehalten und elementarer Rechte wie des Kontaktes zu ihren Anwälten beraubt.

Die Polizei arbeitete in Heiligendamm mit faschistischen Organisationen wie der NPD

zusammen, die nach Angaben bürgerlicher Zeitschriften mit internen Informationen der Polizei über die Strukturen in den linken Protestcamps versorgt wurde. Nazis wurden unter den Kameraleuten identifiziert, die Filmaufnahmen während der Demonstrationen machten.

Die faschistischen Organisationen werden trotz der erklärten Forderung von hunderttausenden von Menschen in Deutschland vom Staat nicht verboten, sondern mit Steuergeldern finanziert und von den Geheimdiensten aktiv aufgebaut. Das geht so weit, dass Verfassungsschutz und polizeilicher Staatsschutz rechte Kampfsportgruppen und de facto paramilitärische faschistische Gruppierungen aufbauen. Nazi-Organisationen bauen ihre Strukturen gezielt vor allem in Ostdeutschland auf, wo sie heute ganze Dörfer und Stadtteile für sich erobert haben und dort MigrantInnen und fortschrittliche Menschen terrorisieren.

Die Bourgeoisie braucht diese Nazi-Strukturen als Reserve im Kampf gegen die Arbeiterbewegung. Wenn der Klassenkampf sich weiterentwickelt und härtere Formen annimmt, können die Nazis die Funktion von Todesschwadronen gegen die revolutionären Kräfte einnehmen.

Der Staat hat in den letzten Jahren neue rassistische Schikanen gegen Menschen mit Migrationshintergrund und vor allem gegen Flüchtlinge eingeführt. Mit dieser Entwicklung gingen zahlreiche rassistische Hetzkampagnen einher. Die reaktionären Hetzer von Roland Koch über den Spiegel bis hin zu den rechten „Bürgerinitiativen“ gegen die Moscheebauten in Köln und Frankfurt am Main haben sich besonders auf den Islam und die Menschen muslimischen Glaubens als Feindbild eingeschworen.

Diese Kampagnen dienen erstens zur Spaltung der Arbeiterklasse und der Werktätigen in Deutschland und zweitens zur Stimmungsmache für die kriegerischen Feldzüge der Imperialisten in den Ländern mit überwiegend islamischer Bevölkerung, sprich: der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die KPD betrachtet die Beteiligung an Initiativen gegen diese Hetze und Spaltungspolitik als Teil des antifaschistischen Kampfes. Darunter fällt insbesondere auch die Verteidigung des demokratischen Rechts auf freie Religionsausübung.

Viele Projekte im Rahmen der Faschisierung und Militarisierung des Staates werden auf EU-Ebene vorbereitet, wie am Beispiel der Vorratsdatenspeicherung oder der „Schand-Direktive“ gegen Flüchtlinge zu sehen. Das zentrale Vorhaben der Bourgeoisien Europas zum Abbau demokratischer Rechte ist jedoch die EU-Verfassung

gewesen, die nach ihrem Scheitern an den Referenden in Frankreich und den Niederlanden in Lissabon-Vertrag umbenannt und erneut auf den Weg gebracht wurde. Wie „demokratisch“ die Veränderungen sind, die laut den Behauptungen der Regierungen mit dem Vertrag kommen sollten, ließ sich an der Reaktion Merkels, Sarkozys und ihrer Freunde sehen, als das irische Volk auch den Lissabon-Vertrag per Volksentscheid ablehnte. Anstatt das Scheitern des Vertrages zu akzeptieren, wollen sie seine Ratifizierung weiter vorantreiben. Der Kampf gegen den Lissabon-Vertrag wird also auch in der kommenden Zeit weiter auf der Tagesordnung stehen.

Die Entwicklung der imperialistischen Widersprüche und die Entwicklung des deutschen Imperialismus

Die Krise des Kapitalismus zwingt die Monopole und ihre Staaten, auch nach außen hin in die Offensive zu gehen, um im Kampf um die Neuaufteilung der Welt nicht den Kürzeren zu ziehen. Das trifft insbesondere auch auf den deutschen Imperialismus zu.

International haben sich die Angriffe der Imperialisten auf die Arbeiterklasse und die Völker der Welt ausgeweitet und verschärft. Die letzten Jahre waren geprägt von kriegerischen Überfällen und der Errichtung von Besatzungsmächten in geostrategisch wichtigen Ländern sowie von der Vorbereitung neuer Kriege und neuer Besatzungen.

Vor allem der US-Imperialismus hat seit Ende der Neunziger Jahre mit den Überfällen auf Jugoslawien, Afghanistan und den Irak, den Kriegsvorbereitungen gegen den Iran, der Unterstützung des zionistischen Besatzungsregimes in Palästina und der Ausbildung und Unterstützung paramilitärischer und faschistischer Gruppierungen in aller Welt, vor allem in Afrika und Lateinamerika, aggressiv um den Erhalt und die Ausweitung seiner Einflusssphären gekämpft. Sein Status als einzig verbliebene Supermacht, die Zahl seiner Armeestützpunkte in aller Welt, seine kriegerischen Aktivitäten machen ihn unter den heutigen Bedingungen zur Hauptgefahr für den Frieden in der Welt. Auch in Deutschland unterhält der US-Imperialismus nach wie vor Militärstützpunkte und ein Depot für Atomwaffen.

Der deutsche Imperialismus ist seinerseits schon längst kein Anhängsel der USA mehr, sondern eine eigenständige imperialistische Großmacht, die aktiv andere Länder ausplündert und Kriegseinsätze in aller Welt vorbereitet und durchführt. Deutschland hat sich maßgeblich an den Überfällen auf Jugoslawien und Afghanistan beteiligt und erhielt als „Beute“ aus diesen Kriegen eine Beteiligung an den eroberten Kolonien:

Nach der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO-Mächte im Jahr 1998 haben diese die vor allem von Albanern bevölkerte Region Kosova unter militärische Besatzung genommen. Allein der deutsche Imperialismus hat aktuell knapp 3500 Soldaten in Kosova stationiert. Hinzu kommen Techniker und Spezialisten deutscher Konzerne usw. Seit der von den Imperialisten betriebenen staatlichen Lostrennung Kosovos von Jugoslawien im Frühjahr 2008 steht an der Spitze des nun „unabhängigen“ Staates der niederländische Diplomat Feith, ein klassischer Kolonialgouverneur im Auftrag der EU und der USA, der in Kosova Gesetze aufheben und Beamte entlassen kann und der ein Veto-Recht bei der Besetzung wichtiger Ämter hat. Kosova ist finanziell vollständig von der EU und den USA abhängig. Die Bundeswehrtruppen in Kosova sichern dem deutschen Imperialismus den Zugang zu den größten Braunkohlevorkommen Europas, riesige Kupfer- und Nickellagerstätten, Gold, Chrom und Bauxit. Sie sichern außerdem einen strategischen Stützpunkt, von dem aus in Zukunft weitere Kriege in Südosteuropa, dem Mittleren Osten oder Nordafrika geführt werden können.

In Afghanistan, das von Deutschland im Bündnis mit den USA und weiteren imperialistischen Mächten im Jahr 2001 überfallen wurde, wurde nach der Eroberung ein Regime von Warlords, Drogenbossen und korrupten Marionetten installiert. An der Spitze steht der frühere US-Ölkonzern-Berater Karzai. Diese Regierung hat kaum Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung. Die ausländischen Besatzungstruppen, darunter allein 4500 deutsche Soldaten, müssen sie mit Waffengewalt vor der eigenen Bevölkerung schützen.

Damit schützt die Bundeswehr den Zugang deutscher Konzerne zu den Öl- und Gasvorkommen der Region, konkret die geplante Pipeline-Projekte durch Afghanistan und sie sichert den Einfluss des deutschen Imperialismus im Nahen und Mittleren Osten.

Deutschland hat außerdem die Aggression gegen den Irak direkt und indirekt unterstützt. Seine Marine kontrolliert seit Ende des israelischen Überfalls auf den Libanon im Jahr 2006 die Küsten des Landes. Deutsche Truppen stehen außerdem aktuell im gesamten Mittelmeerraum, in Usbekistan, am Horn von Afrika, in Bosnien-Herzegowina, Georgien, Sudan, Eritrea und Äthiopien. Deutschland spielt eine führende Rolle in der internationalen Allianz, die den Iran erpresst und einen Krieg gegen das Land vorbereitet.

Das zentrale Projekt des deutschen Imperialismus zur Stärkung seiner wirtschaftlichen, politischen und militärischen Macht ist der Ausbau der Europäischen

Union, aus der Deutschland eine Supermacht machen will, die auf allen Feldern mit dem US-Imperialismus konkurrieren kann. Dazu hat der deutsche Imperialismus ein enges Bündnis mit seinem Konkurrenten Frankreich geschmiedet. Ausdruck dessen ist u.a. der europäische Rüstungskonzern EADS. Mit der Erweiterung der EU nach Ost- und Südosteuropa haben sich die deutschen Monopole die dortigen Märkte erschlossen. Ihre wirtschaftliche Macht über diese Länder sollte mit der vorerst gescheiterten Verfassung, dem jetzigen „Lissabon-Vertrag“ ihre politische Ergänzung finden. Außerdem ist der Aufbau einer europäischen Armee vorgesehen, die den militärischen Rückstand gegenüber dem US-Imperialismus wettmachen soll.

Es ist nicht unbedingt abzusehen, ob das Projekt einer europäischen Supermacht nicht schon an den inneren Widersprüchen dieses Staatenbündnisses scheitern wird, an dessen Spitze die imperialistischen Mächte Deutschland und Frankreich miteinander konkurrieren.

Fest steht aber: Die EU ist ein imperialistisches Werkzeug, das sich gegen die Arbeiterklasse und die Völker Europas richtet. Und das Bewusstsein der Völker Europas über diesen Charakter der EU ist im Wachsen begriffen, was sich vor allem in der Ablehnung der EU-Verfassung und später des Lissabon-Vertrags bei den Referenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland gezeigt hat. Im Interesse der Arbeiterklasse muss der Kampf in Deutschland auf den Austritt aus der EU orientiert werden.

Deutschland ist weiterhin Mitglied der NATO und betreibt die Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus auf verschiedenen Feldern. Gleichzeitig baut es seine Kontakte und Beziehungen auch zu Russland und China aus. Am Beispiel Deutschlands ist zu erkennen, dass sich die künftigen Allianzen zwischen den imperialistischen Mächten gerade erst entwickeln und noch nicht feststehen.

Insgesamt wächst jedoch die Gefahr direkter Kriege zwischen den imperialistischen Mächten – was nicht zuletzt an der hauptsächlich vom US-Imperialismus betriebenen militärischen Einkreisung Russlands und Chinas zu sehen ist.

Auf dem gesamten Globus kämpfen die Völker gegen imperialistische Besatzungen und die neokoloniale Ausbeutung ihrer Länder. Diese Kämpfe reichen von Streiks, Bauernprotesten und Hungerrevolten in zahlreichen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens bis hin zu den bewaffneten Aufständen der Völker im Irak, in Afghanistan, in Palästina, Kolumbien und anderswo.

Die KPD ist solidarisch mit diesen Kämpfen in allen ihren Formen.

Die Hauptkraft in diesen Kämpfen, die aufgrund ihrer Klassenlage das einzig konsequent revolutionäre Interesse am Sturz des Imperialismus hat und die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess die allergrößte Kraft in diesem Kampf entfalten kann, ist die Arbeiterklasse. Ihre Aufgabe ist es, in den Kolonien und abhängigen Ländern die anderen Volksschichten: die Bauern, das städtische Kleinbürgertum und die fortschrittlichen Teile der nationalen Bourgeoisie, die ein Interesse daran haben, sich vom Joch des Imperialismus zu befreien, um sich herum zu organisieren und an der Spitze ihres Kampfes zu stehen.

Auch und vor allem in den imperialistischen Ländern: in Deutschland, den USA, Frankreich usw., ist die Arbeiterklasse die Hauptkraft im Kampf gegen den Imperialismus. Der antimilitaristische und demokratische Kampf ist Bestandteil des Klassenkampfes des Proletariats und so müssen ihn die antiimperialistischen Organisationen und Kräfte in Deutschland auch verstehen und führen.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, dafür zu kämpfen, dass die Arbeiterklasse diese Rolle in den Kämpfen gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, den Ausbau der EU und der NATO und die Militarisierung Deutschlands einnimmt.

Die Notwendigkeit der Kommunistischen Partei in Deutschland und des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten

All diese Entwicklungen zeigen, dass die Kommunistische Partei, die Vorhut des Proletariats, die die fortschrittlichsten ArbeiterInnen in ihren Reihen zusammenschließt, die in der Arbeiterklasse und den übrigen werktätigen Menschen in Deutschland verankert und einflussreich ist, notwendiger denn je ist.

Eine solche Partei gibt es heute in Deutschland nicht. Vielmehr sind die Marxisten-Leninisten in Deutschland heute zersplittert, in verschiedene Organisationen gespalten und von der Arbeiterklasse weitgehend isoliert.

Der Aufbau der Kommunistischen Partei ist deshalb heute die dringendste Aufgabe der Marxisten- Leninisten in Deutschland.

Die KPD, die nach langen und kräftezehrenden Kämpfen mit dem Liquidatorentum und dem Opportunismus in ihren Reihen zahlen- und einflussmäßig stark geschwächt ist, ist der Keim einer solchen Partei. Es wäre unvergleichlich viel schwerer und würde wesentlich länger dauern, die Kommunistische Partei in Deutschland zu schaffen, wenn es unsere Organisation nicht gäbe. Deshalb ist der Kampf, den wir um die Behauptung der Existenz, um die Stärkung der KPD und gegen die Angriffe des Opportunismus und des Sektierertums in unseren Reihen geführt haben und führen, von entscheidender Bedeutung für die Arbeiterklasse in Deutschland.

Deshalb ist es jetzt erforderlich, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Zersplitterung und Spaltung der Marxisten-Leninisten in Deutschland zu überwinden und eine gemeinsame Kommunistische Partei aufzubauen.

2. Teil

Die Entwicklung der Partei

Die Geschichte unserer Partei war in den letzten zehn Jahren von heftigen Auseinandersetzungen und inneren Kämpfen geprägt, die dazu geführt haben, dass die Existenz der Partei insgesamt mehrmals direkt gefährdet war, dass ihre Handlungsfähigkeit erheblich eingeschränkt wurde und die Spaltung und Zersplitterung der Marxisten-Leninisten in Deutschland zugenommen hat. In diesem Rechenschaftsbericht werden wir zeigen, dass die KPD in den letzten zehn Jahren schwere Fehler gemacht und schwerwiegende Abweichungen vom Marxismus-Leninismus begangen hat.

Wir werden mit diesem Bericht nicht alle Abweichungen und Fehler selbstkritisch untersuchen können. Dazu bedarf es der weiteren und tieferen Analyse. Insofern ist dieser Bericht ein Beginn, der sich auf die unserer Meinung nach wichtigsten Punkte beschränkt.

Wir werden mit diesem Rechenschaftsbericht für die Fehler, die wir gemacht haben, die Verantwortung übernehmen, sie korrigieren bzw. beginnen sie zu korrigieren und vor der Arbeiterklasse und den revolutionären und fortschrittlichen Kräften Selbstkritik üben. Für die Überwindung unserer Fehler waren und sind die zahlreichen Kritiken, die von verschiedenen Seiten und mit unterschiedlichen Schwerpunkten an der KPD geübt worden sind, von großer Bedeutung.

Das betrifft auch insbesondere die Kritiken, die von der Internationalen Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) bzw. einzelnen ihrer Mitglieder vorgetragen worden sind. Wir nehmen alle diese Kritiken ernst. Wir halten uns an die bekannte Aussage Lenins:

*„Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die **tatsächliche** Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer **Klasse** und den werktätigen **Massen**. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen – das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, das heißt Erziehung und Schulung der **Klasse** und dann auch der **Masse**.“*

(Der „linke“ Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 42)

Der 10. Parteitag und die Spaltung der KPD

Im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag der KPD heißt es:

„Der 10. Parteitag stand im Zeichen des zugespitzten Kampfes zwischen den marxistisch-leninistischen Kräften der Partei einerseits und D.M. sowie seinen Anhängern andererseits.“ (S.8)

Das ist völlig falsch. In Wirklichkeit hatte sich vor, auf und nach dem 10. Parteitag eine liquidatorische und opportunistische antimarxistische Linie entwickelt. Diese Linie hatte die Mehrheit im ZK gewonnen und sie hatte auch die Mehrheit der Delegierten des 10. Parteitages hinter sich. Es waren gerade der ehemalige Vorsitzende des ZK der KPD, D.M., und seine Anhänger, die vor, während und nach dem 10. Parteitag vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus gegen diese Linie gekämpft haben.

Worin bestand diese Linie?

Sie bestand im Angriff auf die korrekte Orientierung des 9. Parteitags auf den Aufbau und die Verankerung der KPD in der Arbeiterklasse.

Sie bestand in der Leugnung der grundlegenden Bedeutung der Leninschen Imperialismus-Analyse, der lediglich eine „Tagesbedeutung“ zugestanden wurde.

Sie bestand in der Leugnung der Rolle der Arbeiteraristokratie als Quelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung im Zeitalter des Imperialismus. Sie machte im Gegenteil die Arbeiterklasse selbst zur Quelle des Opportunismus in der Arbeiterbewegung und leugnete damit ihre revolutionäre Rolle.

Sie bestand in der Propagierung der „guten Seiten des Kapitalismus“ infolge der Entwicklung der Produktivkräfte, die in der Hervorhebung angeblicher guter Seiten der Flexibilisierung, der Leiharbeit, ja, sogar der Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger gipfelte. Dementsprechend wurde die Parole „Schluss mit der Flexibilisierung!“ ebenso abgelehnt wie die Forderung nach dem Verbot der Leiharbeit. Damit wurde der Imperialismus verteidigt und schöngeredet. Das ganze geschah mit der Absicht, den Kampf gegen die Flexibilisierung oder beispielsweise für das Verbot der Leiharbeit als - aussichtslosen und damit vergeblichen - Kampf „gegen Windmühlen“ darzustellen.

Als Beispiel dafür mag ein Zitat aus der Resolution dienen, die die Mehrheit des ZK dem 10. Parteitag vorgelegt hat. Die Resolution trägt den Titel „Über die Entwicklung der Produktivkräfte“ und es heißt dort:

„Die Gesamtheit der Veränderungen der Arbeitsbeziehungen, der sozialen und politischen Beziehungen sind Ausdruck einer objektiven Notwendigkeit: die menschlichen Produktivkräfte auf der Basis revolutionärer Technologien sind heute so hoch entwickelt, dass es auch dem Kapital tendenziell nicht mehr möglich ist, sie zu nutzen, ohne individuelle Interessen und Besonderheiten mehr zu berücksichtigen.“

Das ist eine klare Verherrlichung des Imperialismus. Es handelt sich, wie gesagt, um eine Resolution des Zentralkomitees und nicht um die Meinung einer Einzelperson. Die Tatsache, dass diese Resolution, wie auch andere, nicht vom Parteitag behandelt worden ist, hatte keine prinzipiellen Gründe, sondern war lediglich der Zeitnot geschuldet.

Und in dem Papier „Die Parteidiskussion nutzen, um auf die Überwindung des Vulgärmarxismus Kurs zu nehmen“, wird gesagt:

„Wir haben, wie der Beitrag zur Parteientwicklung zeigt, völlig übersehen, dass die Flexibilisierung – unabhängig von diesen oder jenen ihrer derzeitigen Wirkungen – Bestandteil der Entwicklung der Produktivkräfte und somit grundsätzlich nicht rücknehmbar ist.“

Aber die ökonomischen Gesetze im Kapitalismus haben eben nicht den Charakter von naturwissenschaftlichen Gesetzen. Sie wirken und setzen sich durch im Klassenkampf. Ob die Flexibilisierung erfolgreich bekämpft werden kann, ist einzig und allein eine Frage der Stärke des Kampfes der Arbeiterklasse. Die von der KPD vor und während des 10. Parteitages vertretene Position stellt deshalb eine Kapitulation dar und hat mit dem Marxismus-Leninismus nichts zu tun. Hier noch ein weiteres Zitat aus der Antwort des Zentralkomitees auf die Stellungnahme D.M.s „Über die ‚guten Seiten der Sklaverei‘, Flexibilisierung, den ‚Hang zur Phrase‘ und den ‚Vulgärmarxismus‘ der KPD“. Dort wird u.a. die Forderung nach dem Verbot der Leiharbeit verteidigt. Die Antwort des ZK bezieht sich auf einen Artikel, in dem die Forderung nach dem Verbot der Leiharbeit abgelehnt wird, zitiert daraus:

*„Der Artikel hält es für falsch, dass ein Duisburger Schlosser sich als **Leiharbeiter** (Hervorhebung im Text) freut, dass er kein Festangestellter ist, weil er sieht, wie*

schlecht sie behandelt werden. Dass er nicht an den Betrieb gebunden ist, erscheint ihm als Vorteil. Er kann im Gegensatz zu den ‚Festen‘ den Betrieb leichter wechseln. Es ist eine Tatsache, dass insgesamt der Wechsel zu einem anderen Kapitalisten bei schlechter Behandlung für LohnarbeiterInnen eine Alternative ist. Die Konkurrenz des Kapitals gibt ihnen die Möglichkeit, wenigstens einzelnen Kapitalisten zu entfliehen, wenn auch nicht dem Kapital als Ganzem. Worin sollen dann die falschen Schlussfolgerungen des Kollegen bestehen? In dieser Hinsicht hat Leiharbeit Vorteile, in anderer nicht. Das muss man anerkennen, nicht wegdiskutieren.“

Das ZK fügt dann zustimmend hinzu:

„In der Tat vermögen wir nicht zu sehen, warum der besagte Duisburger Kollege das ‚falsche Bewußtsein‘ hatte.“ (Antwort des ZK, S. 14, Mitteilungen 2/2002)

Die antimarxistische Linie bestand ferner in der Leugnung der klassenkämpferischen und revolutionären Kraft der Arbeiterklasse, die etwa in der Behauptung gipfelte:

„Insbesondere tragen Lohnsenkungen dazu bei, dass sich bei Arbeitskräften, in dem Maße wie der Lohn fällt, die Bereitschaft vergrößert, sie durch Mehrarbeit auszugleichen und deshalb das Interesse an Arbeitszeitverkürzung sinkt.“ (Ursachen der Flexibilisierung..., Mitteilungen 3/2000)

Wir haben hier nur einige Zitate gebracht. Aus den Papieren, die in der Zeit um den 10. Parteitag veröffentlicht worden sind, ließen sich mit Leichtigkeit Dutzende von Belegen dafür zusammen stellen, dass die Partei in ihrer Mehrheit auf liquidatorischen und opportunistischen Positionen gestanden hat.

Der Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag wirft D.M. und seinen Anhängern vor allem *„eine pragmatische und spontaneistische Linie des Parteaufbaus“* (S. 4) vor. Dafür finden sich in den Dokumenten keine Anhaltspunkte. Im Gegenteil. D.M. und seine Anhänger kämpften bekanntlich für die Einhaltung und Weiterentwicklung der Linie des 9. Parteitages. Dort heißt es über den Aufbau und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Partei: *„Eine solche Partei entsteht nicht spontan aus der Bewegung heraus, sondern sie muss bewusst geschaffen werden.“* (S. 5)

Abgesehen davon ist vom Standpunkt der These von der „Propaganda als Grundform der Arbeit“ und der falsch verstandenen „Etappentheorie“ das Eintreten dafür, dass sich die Partei am Klassenkampf beteiligen muss und dass sie nur in diesem

Zusammenhang aufgebaut werden kann, von vornherein des Spontaneismus und Pragmatismus verdächtig.

D.M. und seinen Anhängern wird ferner vorgeworfen, dass es im „ZK *keine Kollektivität, sondern vielmehr ein Nebeneinander der verschiedenen Arbeitsbereiche, sozusagen ‚unabhängige Königreiche‘*“ gegeben habe. Das gab es in der Tat. Die Ursachen dafür können aber nicht D.M. allein oder hauptsächlich angelastet werden. Sie liegen in der ideologischen und politischen Zerfahrenheit, im Liberalismus und der Führungsschwäche des ZK insgesamt. Und sie liegen natürlich nicht zuletzt darin, dass sich im ZK die opportunistische und liquidatorische Linie entwickelte.

In Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit D.M. sind im Roten Morgen, im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag und in internen Dokumenten im Namen der Partei und von einzelnen Genossen persönliche Angriffe gegen D.M. veröffentlicht worden, die verletzend waren und die wir bedauern.

Der 12. Parteitag der KPD stellt klar, dass D.M. und seine Gruppe in der innerparteilichen Auseinandersetzung rund um den 10. Parteitag die marxistisch-leninistischen Standpunkte vertreten haben. Es ist selbstverständlich, dass D.M. und seine Gruppe, soweit sie aus der KPD kommen, für die fehlerhafte Entwicklung der Partei eine eigene, besondere Verantwortung tragen. Als ehemalige Mitglieder der Partei und teilweise des ZK tragen sie und insbesondere D.M. als ehemaliger Vorsitzender einen Teil der Verantwortung dafür, dass sich in der Partei die opportunistische und liquidatorische Strömung entwickeln konnte.

Wir stellen fest, dass die Organisierung einer Fraktion, die dem ZK willkommenen Anlass geboten hat, die Gruppe um D.M. aus der Partei auszuschließen, ein parteifeindlicher Angriff war. Dadurch wurde der Kampf gegen die liquidatorische und opportunistische Linie in der KPD geschwächt. Nach ihrem Ausschluss haben D.M. und seine Anhänger die Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (ArbeitZukunft) gegründet. Wir hoffen, dass wir in der Lage sein werden, diese Spaltung zu überwinden und im Rahmen des Kampfes für die Einheit der Marxisten-Leninisten eine gemeinsame Basis für die Einheit in einer Partei zu finden.

Im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag wird der Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag als „*überwiegend negativ*“ (S. 12) bewertet, der Parteitag aber insgesamt als positiv. Vor allem wird die vom Parteitag angenommene Resolution zur Parteientwicklung als positiv eingeschätzt. Auf die Resolution kommen wir noch

zurück. Aus dem oben gesagten kann allerdings nur die Schlussfolgerung gezogen werden, dass sowohl der Rechenschaftsbericht als auch der 10. Parteitag insgesamt ein Schandfleck in der Geschichte unserer Partei gewesen sind.

Eine notwendige Selbstkritik

Die oben beschriebenen und einige andere Elemente der liquidatorischen und opportunistischen Linie werden im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag kritisiert. Die dort geleistete Kritik ist allerdings keine offene und ehrliche Selbstkritik. Der Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag tut so, als ob die opportunistische und liquidatorische Linie die „*Position eines damaligen ZK-Mitglieds*“ gewesen sei. Außerdem schiebt der Bericht an den 11. Parteitag die Verantwortung für den antimarxistischen Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag – dem Verfasser zu.

Beides ist unredlich.

Diejenigen, die die liquidatorische und opportunistische Linie ausgearbeitet und führend vertreten haben und nicht willens oder in der Lage waren, dafür Selbstkritik zu üben, sind inzwischen aus der KPD ausgeschlossen worden oder haben die Partei verlassen. Einige andere Austritte bedauern wir.

Aber nicht darum geht es. Die liquidatorische und opportunistische Linie war nicht etwa die Position eines einzelnen Genossen – es war die Position der Mehrheit des Zentralkomitees. Auch der Rechenschaftsbericht an den 10. Parteitag ist nicht das Produkt eines einzelnen Genossen. Er ist der Bericht des Zentralkomitees (seiner Mehrheit) und er ist, ebenso wie die Resolution zur Parteientwicklung von der Mehrheit der Delegierten des Parteitages angenommen worden.

Deshalb hat die KPD die Verantwortung für die schweren Abweichungen vom Marxismus-Leninismus und die Fehler zu tragen. Wir übernehmen diese Verantwortung in dem Bewusstsein, alles zu tun, um die Abweichungen und Fehler zu korrigieren und die KPD auf marxistisch-leninistische Positionen zurückzuführen.

Der 11. Parteitag

Ein wesentlicher Bestandteil der opportunistischen und liquidatorischen Linie bestand

in der Propagierung des Rückzuges aus dem Klassenkampf. Die Teilnahme am Klassenkampf und insbesondere die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft wurden nicht nur in Frage gestellt, sondern der Rückzug aus dem Klassenkampf wurde direkt theoretisch entwickelt.

„Etappentheorie“

Dazu diente vor allem die so genannte Etappentheorie. Bekanntlich haben Lenin in seiner Schrift über den „linken Radikalismus“ und Stalin im Entwurf zu einer Broschüre „Über die politische Strategie und Taktik der russischen Kommunisten“ (Werke, Bd. 5, S. 69) die Entwicklung der KPdSU(B) systematisiert. In diesem Zusammenhang beschreibt Stalin, dass in der Zeit, als es darum ging, die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, die Propaganda Grundform der Arbeit gewesen ist. (ebd., S.69)

Es heißt in diesem Artikel:

„Die Aufgaben:

a) Die Vorhut des Proletariats für den Kommunismus gewinnen (das heißt Kader bilden, eine kommunistische Partei schaffen, Programm und Grundlagen der Taktik ausarbeiten). Propaganda als Grundform der Arbeit.“ (S.69)

Und an anderer Stelle:

„Drei Perioden in der Entwicklung der Kommunistischen Partei Russlands: a) die Periode der Formierung der Vorhut (d.h. der Partei) des Proletariats, die Periode des Zusammenschlusses der Parteikader (in dieser Periode ist die Partei **schwach**, verfügt über ein Programm und allgemeine Grundlagen der Taktik, ist aber als Partei der Massenaktionen **schwach**)... (S.74)

Wie man sieht, gibt es hier keine schematische Gegenüberstellung von „Propaganda“ und Teilnahme am Klassenkampf. Die Schaffung der Partei, die Ausarbeitung des Programms, der Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten, der Zusammenschluss der Kader der Partei – das sind Aufgaben, die theoretische und propagandistische Arbeit erfordern. Das sind Aufgaben, die auch vor unserer Partei stehen. Aber diese Aufgaben können nur in Zusammenhang mit der Beteiligung der Partei am Klassenkampf gelöst werden.

Mit der These von der „Propaganda als Grundform der Arbeit“, so wie sie in unserer Partei vertreten worden ist, sollte dagegen der Rückzug aus dem Klassenkampf theoretisch bemäntelt werden. Gleichzeitig wurde so die eigene Schwäche, die

Trennung von der Arbeiterbewegung, theoretisch begründet und die Aufgaben der Partei falsch gewichtet.

Natürlich ist im Zusammenhang mit dieser Theorie auch die Rede davon gewesen, dass sich die Partei am Klassenkampf beteiligen muss. Die praktischen Aufgaben aber wurden in Wirklichkeit ganz anders gestellt. Das zeigt sich besonders deutlich an der Resolution über die Parteientwicklung, die der 10. Parteitag verabschiedet hat und die in fast unveränderter Form im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag in den Teil über die Aufgaben beim weiteren Aufbau der KPD eingeflossen ist. In diesem Teil des Rechenschaftsberichts wird die Partei auf „*die Erarbeitung politischer Positionen zu den wichtigsten Tagesfragen*“, auf Debatten und die Erarbeitung politischer Orientierungen festgelegt. So heißt es z.B. im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag:

„Trotz der schwachen Verankerung der Partei in Betrieb und Gewerkschaft muss darauf hingewirkt werden, dass die ganze Partei sich mit den politischen Fragen des Kampfes in Betrieb und Gewerkschaft befasst.“ (S. 21)

Aber – gerade angesichts der schwachen Verankerung der Partei in Betrieb und Gewerkschaft, gerade angesichts ihrer schwachen Verbindungen zur Arbeiterklasse hätte die Aufgabe darin bestanden, alle Kräfte zu mobilisieren, um stärker am Klassenkampf teilzunehmen und die Verbindungen zur Arbeiterklasse zu verstärken. Dazu wäre es notwendig gewesen, alle Ansatzpunkte für die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft auszunutzen und diese Arbeit auszubauen. Entgegen dem Lamento während des 10. Parteitages, dass es dafür keine oder nur geringe Möglichkeiten gibt, haben wir solche Möglichkeiten. Wir müssen sie „nur“ systematisch und kontinuierlich verfolgen. Die Partei muss für die ArbeiterInnen, die sich gegen die Kapitalisten wehren, als auf ihrer Seite stehend erkennbar sein.

In diesem Sinne wäre die Partei auszurichten gewesen. Die Ausrichtung, die der 11. Parteitag gibt, führt zum Rückzug aus dem Klassenkampf und bedeutet eine Kapitulation vor der natürlich nicht einfachen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft.

Mit der Etappentheorie, der Theorie über die Perioden des Parteaufbaus ist viel Unheil angerichtet worden. Sie ist im Verlauf der Parteigeschichte immer wieder von den Liquidatoren und Sektierern benutzt worden, um aus der KPD, einer Partei des Klassenkampfes, eine Propagandasekte zu machen. So etwa Ende 1971, Anfang 1972 als Ernst Aust, der damalige Vorsitzende der Partei, seiner Rede „Die bolschewistische

Partei ist stärker als alle Liquidatoren“ gegen die Liquidatoren die These von „Propaganda als Grundform der Arbeit“ zurückwies. Oder im Juli 1978 als ebenfalls Ernst Aust in einer Grundsatzrede „Propaganda- oder Kampfpartei“ vor dem Zentralkomitee die ultralinken Sektierer angriff und ihnen vorwarf, die These von der „Propaganda als Grundform der Arbeit“ als Bemäntelung für ihr Sektierertum zu benutzen.

Wir sind der Meinung, es muss Schluss gemacht werden mit den Theoretisierungen über die Etappen des Parteaufbaus. Was wir brauchen ist keine These von der „Propaganda als Grundform der Arbeit“, sondern eine konkrete Aufgabenbestimmung, die es uns erlaubt, eine wirklich marxistisch-leninistische Partei, die feste Verbindungen zur Arbeiterklasse hat, in ihr verwurzelt ist und bis zu einem gewissen Grad mit ihr verschmolzen ist, zu schaffen.

Im Übrigen ist auch die Entwicklung der KPdSU (B) nicht so verlaufen, wie sich das die Verfechter der These von der „Propaganda als Grundform der Arbeit“ vorstellen. Es genügt, die Geschichte der KPdSU (B) aufzuschlagen und dort nachzulesen:

*„Lenin stellte dem ‚Kampfbund‘ die Aufgabe, sich mit der Massenbewegung der Arbeiter zu verbinden und sie politisch zu leiten. Lenin schlug vor, von der **Propaganda** des Marxismus unter einer geringen Zahl fortgeschrittener Arbeiter, die sich in den propagandistischen Zirkeln sammelten, zur tagtäglichen politischen **Agitation** unter den breiten Massen der Arbeiterklasse überzugehen.*

(...)

Unter der Leitung des ‚Kampfbundes‘ wurde im Sommer 1896 der Streik der 30 000 Petersburger Textilarbeiter durchgeführt.“ (Geschichte der KPdSU (B), S. 24)

Wohlgemerkt, das war 1895/96 als die kommunistische Partei in Russland noch gar nicht existierte.

Also, weder von der praktischen Aufgabenstellung her, noch im Rückgriff auf die historische Erfahrung der russischen Kommunisten lässt sich die These von der „Propaganda als Grundform der Arbeit“ aufrechterhalten. Das Festhalten an dieser These und die daraus resultierende falsche Aufgabenstellung für die Partei war ein schwerer Fehler des Parteitages.

Das Zentralkomitee hat sich deshalb nach einer Reihe von Diskussionen und Auseinandersetzungen bewusst dafür entschieden, die in dem Abschnitt des

Rechenschaftsberichts „Die Aufgaben beim weiteren Aufbau der KPD“ beschriebenen Aufgaben nicht weiter zu verfolgen. Dagegen haben wir uns an der ebenfalls im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag enthaltenen Feststellung orientiert:

„Unsere Partei hat, wenn wir vom Eingreifen im Kampf gegen den Sozialabbau absehen, in Betrieb und Gewerkschaft keine Rolle gespielt. In den Tarifrunden, in den betrieblichen Kämpfen gegen Schließungen und Massenentlassungen war die KPD in der Regel nicht vertreten. Die Arbeit in Initiativen und Bündnissen gegen Sozialabbau, auf Konferenzen und Treffen von linken Gewerkschaftern, das Auftreten in diesen Organisationen als ‚aktive‘ Gewerkschafter kann die systematische Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft nicht ersetzen. Es ist deshalb für die Partei eine vorrangige Aufgabe, wieder in Betrieb und Gewerkschaften Fuß zu fassen und alle Möglichkeiten für die Arbeit in diesem Bereich zu nutzen.“ (RB, S. 31)

Das Zentralkomitee hat die Partei in diesem Sinne angeleitet und wir können auch erste bescheidene Erfolge verzeichnen.

Einheit der Marxisten-Leninisten

In dem Abschnitt „Zur Lage und zu den Perspektiven der Partei“ heißt es im Rechenschaftsbericht an den 11. Parteitag:

*„ ... wir sind in Deutschland die **einzig**e uns bekannte Organisation, die überhaupt über marxistisch-leninistische Grundlagen verfügt.“* (RB, S. 20)

Das ZK hat diese Feststellung bereits mit seiner Erklärung zur Einheit der Marxisten-Leninisten vom Juli 2007 revidiert und damit – statutwidrig - gegen die Beschlusslage des letzten Parteitags gehandelt. Dieser Verstoß war kein Versehen oder eine Nachlässigkeit, sondern eine bewusste Entscheidung. Der Veröffentlichung der besagten ZK-Erklärung ging außerdem eine Befragung der Partei voraus.

Warum hat das ZK diese Erklärung herausgegeben und damit gegen den 11. Parteitag und das Statut der Partei gehandelt?

Die Aussage des 11. Parteitags ist nicht nur angesichts der Fehler und Abweichungen der KPD falsch. Sie widerspricht auch einfach den Tatsachen und sie gibt der Partei die völlig falsche Orientierung, der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten sei

derzeit sozusagen gegenstandslos.

Das Gegenteil ist jedoch richtig: Angesichts der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, angesichts der Verschärfung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist es schlichtweg offensichtlich, dass die Schaffung einer starken, in der Arbeiterklasse verankerten kommunistischen Partei heute die **Hauptaufgabe** der Marxisten-Leninisten in Deutschland ist. Dazu ist es notwendig, die Spaltung und Zersplitterung der marxistisch-leninistischen Kräfte in Deutschland zu überwinden, zu der wir – mit unseren Fehlern und Abweichungen – erheblich beigetragen haben.

Der Klassenkampf entwickelt sich weiter, unabhängig davon, wie weit die KommunistInnen in ihren organisatorischen Bemühungen vorangekommen sind. Solange wir nicht aktiv um die Einheit der Marxisten-Leninisten und die Schaffung der kommunistischen Partei kämpfen, werden die verschiedenen sozialdemokratischen, revisionistischen und trotzkistischen Kräfte ihren Einfluss auf die Arbeiterklasse weiter ausbauen. Sie haben auf die objektive Entwicklung längst reagiert und begonnen, sich neu zu formieren. Damit wiederum erschweren sie objektiv die Bedingungen für die Schaffung der Kommunistischen Partei.

Das ZK ist deshalb zu der Meinung gelangt, dass es von existenzieller Bedeutung für die Partei ist, dass wir in der Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten die Initiative ergreifen. Diese Entscheidung fiel maßgeblich auch auf der Grundlage dessen, dass wir die Entwicklung in unserer Partei in den letzten Jahren grundlegend auf den Prüfstein gestellt haben.

Weil der letzte Parteitag aus Sicht des ZK die objektive **Hauptaufgabe** der Partei, die von existenzieller Bedeutung für die Partei ist, nicht nur nicht gestellt, sondern direkt für gegenstandslos erklärt hat, sah sich das ZK zum Handeln gezwungen. Laut Statut wäre es notwendig gewesen, einen Sonderparteitag über diese Frage entscheiden zu lassen. Ein solcher Parteitag musste aus Sicht des ZK jedoch noch weitaus mehr grundlegende Entscheidungen treffen als „nur“ diese, wie diesem Rechenschaftsbericht zu entnehmen ist. Das ZK hat deshalb den Weg gewählt, die Partei über die Frage der Einheit der Marxisten-Leninisten zu befragen, die Erklärung mit Zustimmung der Partei im Widerspruch zur Beschlusslage des Parteitags zu verabschieden und zu veröffentlichen und den nächsten Parteitag vorzuziehen, jedoch mit einem Jahr Vorbereitungszeit.

Für die Gespräche, die wir im Rahmen der Initiative für die Einheit der Marxisten-

Leninisten geführt haben, bedeutete das zwar, dass wir sie auf Grundlage der Analysen und Einschätzungen des 11. Parteitags führen mussten – was zu inhaltlichen Schwierigkeiten und Widersprüchen führen musste und auch getan hat. Insbesondere fehlte bislang ein klares Konzept, auf welche Kräfte wir uns bei der Initiative konzentrieren wollen. Die Initiative zur Einheit der Marxisten-Leninisten auf weitere Monate hinauszuschieben, wäre aus Sicht des ZK jedoch weitaus schädlicher gewesen.

Der 12. Parteitag billigt die Initiative zur Einheit der Marxisten-Leninisten unter Betonung ihres Ausnahmecharakters und beschließt, diese Initiative auf der Grundlage der in diesem Bericht getroffenen Analysen und Einschätzungen weiterzuführen.

Das Zentralkomitee hat im Rahmen dieser Initiative verschiedene Gespräche geführt und wird diese auch in Zukunft auf der Grundlage einer vom ZK zu erstellenden Analyse der beteiligten Organisationen und Kräfte und eines Arbeitsplans weiter führen. Dabei haben wir klargestellt, dass wir keine prinzipienlose Einheit wollen, dass die Einheit der Kommunisten in einer Partei nur auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und als bewusste Anstrengung für die Entwicklung einer gemeinsamen marxistisch-leninistischen Praxis und eines gemeinsamen marxistisch-leninistischen Programms möglich ist. Die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Partei, die Schaffung und Entwicklung dieser Partei sind kein spontaner Prozess.

Wir stehen auf dem Standpunkt, dass eine Einheit mit Organisationen, die entweder ganz oder teilweise auf revisionistischen Positionen stehen, nicht möglich ist, auch wenn einige dieser Organisationen unsere Initiative begrüßt haben. Mit Organisationen, die die DDR, Nordkorea, Kuba, Venezuela oder China als sozialistische Länder betrachten, werden wir uns nicht vereinigen. Das haben wir z.B. in den Gesprächen, die wir im Rahmen des „Berliner Treffens“ mit der KPD(B) und der KPD(Ost) geführt haben, deutlich gemacht.

Antiimperialistische Aktion

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit war die Beteiligung am Antifaschistischen und Antiimperialistischen Bündnis gegen G8, der jetzigen Antiimperialistischen Aktion. Das Bündnis ist von den Einzelpersonen und Organisationen gegründet worden, die gemeinsam im Rahmen der deutschen Delegation am XX. Antifaschistischen und Antiimperialistischen Jugendlager in Dänemark 2006 teilgenommen haben.

Mit diesem Bündnis haben sich zum ersten Mal seit langer Zeit revolutionäre und marxistisch-leninistische Organisationen zum Kampf gegen den Imperialismus, insbesondere den deutschen Imperialismus, zusammengeschlossen. Das Auftreten und Eingreifen des Bündnisses während des G8-Gipfeltreffens in Heiligendamm und Rostock war solidarisch, kämpferisch und positiv.

Natürlich gibt es in diesem Bündnis viele verschiedene Vorstellungen und kontroverse Diskussionen über Fragen des Kampfs gegen den Imperialismus.

Wir treten dafür ein, dass die Zusammenarbeit mit antiimperialistischen Organisationen auf konkrete Aktionen gegen den Imperialismus orientieren und dafür mobilisieren muss. Wir treten außerdem dafür ein, dass auch bei der Zusammenarbeit auf antiimperialistischer Grundlage auf die Arbeiterklasse orientiert wird.

Zusammenfassung

Der 11. Parteitag war, trotz seiner Fehler, seiner Halbheiten, der fehlenden bzw. apologetischen Selbstkritik und der falschen Aufgabenstellung für die Partei ein Schritt in die richtige Richtung. Er hat dazu beigetragen, dass die Partei nicht im Sektierer- und Liquidatorentum untergegangen ist. Wenn wir heute in der Lage sind, die liquidatorische und opportunistische Linie umfassender zu kritisieren, die Partei auf die Beteiligung am Klassenkampf zu orientieren, Selbstkritik zu üben, die Verantwortung für die gemachten Fehler zu übernehmen und für die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer Partei, für die Schaffung einer in der Arbeiterklasse verankerten kommunistischen Partei zu kämpfen und auf diesem Wege weiter zu gehen, dann hat der 11. Parteitag eine wichtige Weichenstellung vorgenommen.

Wir wissen aber auch, dass dieser Parteitag, auf dem wir mit den größten Fehlern und Abweichungen selbstkritisch abrechnen, nicht das Ende der Diskussion bedeutet.

Unsere Hauptaufgaben

Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei

Angesichts der Zersplitterung der Marxisten-Leninisten in Deutschland und ihrer Isoliertheit von der Arbeiterklasse und ihrem Kampf, kann es nur eine Hauptaufgabe

geben:

Die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei in Deutschland, die Vereinigung der marxistisch-leninistischen Kräfte in einer Partei durch die Entfaltung einer gemeinsamen Praxis und die Erarbeitung eines gemeinsamen Programms bzw. einer programmatischen Grundlage. Dem dienen unsere Bemühungen für die Einheit der Marxisten-Leninisten, die fortgesetzt werden müssen.

Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse

Die Schaffung der marxistisch-leninistischen Partei kann nicht „am Schreibtisch“ erfolgen. Wir erklären deshalb ausdrücklich noch einmal, dass der 9. Parteitag der KPD vollkommen recht hatte, als er feststellte:

„Der weitere Aufbau der Partei, qualitativ und quantitativ, kann nur in den aufkeimenden Kämpfen der Arbeiter und des Volkes stattfinden. Generell muss sich die Partei um eine noch stärkere Teilnahme am Klassenkampf bemühen. Es muss der Normalzustand sein, dass Genossinnen und Genossen in einer Massenorganisation und im Massenkampf aktiv sind. Die Verschärfung der Angriffe des Kapitals auf die arbeitenden Menschen und die unteren Schichten und die damit sich entwickelnden Kämpfe, auch wenn sie zunächst vor allem defensiv sind und aus einer schwachen Position heraus erfolgen, geben uns viele neue Möglichkeiten, die wir entschlossen nutzen müssen. Es ist unsere Pflicht, als Kommunisten darin aktiv zu sein und die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Nur in solchen Kämpfen kann man die aktivsten und kämpferischsten Kräfte finden und für die Partei gewinnen. Und klar ist, dass für solche Kräfte nur eine Kampfpartei interessant ist. Schwerpunkt unserer praktischen Arbeit wird auch in Zukunft die Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft sein. Ein wichtiges Ziel dabei ist, dass möglichst die gesamte Partei in diesem Bereich aktiv wird.“ (RB an den 9. Pt., S. 31)

Es ist wichtig, noch einmal festzuhalten, dass die Betriebsarbeit der Gewerkschaftsarbeit nicht entgegen oder gegenübergestellt wird. Betriebsarbeit und Gewerkschaftsarbeit bilden eine Einheit. Zur Arbeit in den DGB-Gewerkschaften gibt es keine Alternative. Die DGB-Gewerkschaften sind die wichtigsten Massenorganisationen der Arbeiterklasse und es ist die absolute Pflicht, jedes Kommunisten, jeder Kommunistin, Mitglied seiner Gewerkschaft und in ihr aktiv zu sein.

Wir wollen die Gewerkschaften nicht der Arbeiteraristokratie überlassen, wir wollen sie im Interesse der Arbeiterklasse erobern. Der Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften schließt den Kampf um die Eroberung von Positionen und Funktionen ein. Der Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften ist Bestandteil des Klassenkampfes und im Verlaufe dieses Kampfes werden sich Struktur und Charakter der Gewerkschaften ändern.

Auf der Grundlage dieser Einschätzungen gilt es, die Arbeit der Partei zu entwickeln. Es wird Aufgabe des ZK sein, die Partei in diesem Sinne anzuleiten und die Umsetzung dieser Aufgabe zukonkretisieren.

Programmdiskussion

Der Parteitag ist der Meinung, dass wir über unser Programm, so wie es vom 8. Parteitag 1993 mit den Änderungen vom 11. Parteitag 2005 beschlossen worden ist, diskutieren müssen.

Mit dem Programm von 1993 weicht die KPD in entscheidenden, wichtigen Fragen vor dem antikommunistischen Druck nach dem Zerfall der Sowjetunion, dem Fall der Mauer in Deutschland und der Annexion der DDR durch den westdeutschen Imperialismus zurück. Der 11. Parteitag hat zwar an dem Programm einige Änderungen vorgenommen, die aber an der Substanz des Programms von 1993 nichts ändern.

Worin bestehen die Fehler des Programms von 1993?

Sie bestehen vor allem in der Verneinung der revolutionären Rolle der Arbeiterklasse gegenüber der Bourgeoisie, darin, dass die Arbeiterklasse durch den Begriff „arbeitende Menschen“ mit Teilen des Kleinbürgertums, der Angestellten, der Bauern und anderen Werktätigen in einen Topf geworfen worden ist.

Es ist richtig, dass alle arbeitenden Menschen zunehmend den Angriffen des Finanzkapitals ausgesetzt sind, dass von daher ihr Bündnis, ihr gemeinsamer Kampf mit und unter der Führung der Arbeiterklasse einfacher geworden ist.

Dennoch gibt es zwischen der Arbeiterklasse und den arbeitenden Menschen grundlegende Unterschiede. Die Arbeiterklasse ist die einzige wirklich revolutionäre

Klasse. Sie mit anderen Werktätigen in einen Topf zu werfen ist eine schwerwiegende Abweichung vom Marxismus-Leninismus und hat auch praktische Konsequenzen. Gestützt auf die Vermischung von Arbeiterklasse und arbeitenden Menschen insgesamt, wird dann auch die kommunistische Partei von einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei der arbeitenden Menschen, also des Kleinbürgertums. Gestützt auf diese Vermischung wird dann auch der Staat der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats, zu einem Staat der arbeitenden Menschen, also einem Staat des Kleinbürgertums.

Alle diese Abweichungen finden wir im Programm von 1993. Der 11. Parteitag hat am Programm von 1993, was diesen Punkt betrifft, die größten Abweichungen korrigiert. Aber diese Korrekturen sind nicht durchgängig und auch nicht in sich konsistent.

Das Programm von 1993 und noch deutlicher das Programm von 2005 enthalten – auf der Grundlage solcher Veröffentlichungen der Partei wie: „Sind revisionistische Regime fortschrittlich?“ im Weg der Partei von 1992, „Wann und warum der Sozialismus in der Sowjetunion scheiterte“ von 1996 und im Diskussionsband dazu – Aussagen über die revisionistischen Länder, über den Sozialismus und über die Entartung der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Länder die im Widerspruch zu den Analysen der marxistischen-leninistischen Weltbewegung stehen. Damit sind nicht nur die IKMLPO und ihre Mitgliedsparteien gemeint, sondern auch die Analysen Enver Hoxhas und der Partei der Arbeit Albaniens. Diese Analysen der KPD, die sich auch im Programm wiederfinden, sind bei einzelnen Mitgliedern des ZK der KPD auf Widerspruch gestoßen und als falsch kritisiert worden.

Angesichts dieser Kritik halten wir es für notwendig, dass die Programmdiskussion auch die Fragen des Sozialismus und Revisionismus einschließt.

Die Programmdiskussion sollte wenigstens teilweise öffentlich geführt werden.

Der Parteitag beauftragt deshalb das Zentralkomitee, die Programmdiskussion und in diesem Zusammenhang die Diskussion über den Sozialismus, seine Entartung und über den Charakter der revisionistischen Länder zu organisieren.

Jugendarbeit

Die KPD unterstützt entsprechend ihren Kräften Ansätze, Initiativen und

Organisationsformen revolutionärer Jugendlicher.

Diese Aufgabe war bereits vom 11. Parteitag formuliert worden. Hier hat es erfreuliche Ansätze gegeben: Kontakte zu revolutionären Jugendorganisationen und -initiativen wurden geknüpft und ausgebaut: durch die Verbreitung von Literatur auf unseren Büchertischen, durch Schulungsveranstaltungen, an denen Referenten unserer Partei teilgenommen haben, durch die Zusammenarbeit in Bündnissen und durch die Organisation regelmäßiger gemeinsamer Treffen.

Das soll in den nächsten Jahren nach Kräften ausgebaut werden. Nicht umsonst hatte schon der 9. Parteitag die Jugendarbeit als zweite Hauptaufgabe neben der Ausrichtung auf die Arbeiterklasse beschlossen.

Ausbildung und Schulung

Das ZK wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag wieder zentrale Schulungen durchzuführen. Das ist auch dafür von hoher Bedeutung, unsere organisatorischen Strukturen zu stärken. Ohne diese Stärkung können wir unsere Aufgaben nicht lösen.

Neben der Schulung von Grundlagen des Marxismus-Leninismus anhand von Klassiker-Texten und einführenden Materialien der Partei (Graue Reihe, Leninismus-Reihe) sind das besondere Schulungen für die praktische Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft.

Hier hat es in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen bereits erste Schritte gegeben.

Darüber hinaus ist es die Aufgabe der Grundeinheiten, entsprechend ihren Kräften Schulungen mit SympathisantInnen der Partei durchzuführen. Insbesondere hier sind die Schulungen mit dem Ziel zu gestalten, neben der Vermittlung von Grundlagenkenntnissen des ML die TeilnehmerInnen auch praktisch an die Partei heranzuführen.

Hier gab und gibt es an einigen Orten erfreuliche Entwicklungen durch regelmäßig stattfindende Diskussions- und Lesekreise. Manche Grundeinheiten konnten sich auf diese Weise ein relativ stabiles Umfeld schaffen.

Die KPD und die IKMLPO

Bekanntlich hat die Internationale Konferenz Marxistisch-Leninistischer Parteien und Organisationen den Nichtverbleib der KPD beschlossen. Wir haben dazu öffentlich Stellung genommen, und den Beschluss der IKMLPO in einem Artikel im Roten Morgen (Nr. 6/2007) kritisiert. Dafür sind wir kritisiert worden.

Der Artikel im Roten Morgen ist vom Standpunkt des 11. Parteitages aus verfasst worden. Er enthält deshalb falsche Aussagen und Beschuldigungen, die wir in dieser Form nicht aufrechterhalten. Das betrifft insbesondere die Behauptung, dass die Vorwürfe gegen die KPD „falsch und unbegründet“ seien. Wie wir in diesem Rechenschaftsbericht gezeigt haben, waren die Vorwürfe gegen die KPD in Wirklichkeit berechtigt: auf dem 10. Parteitag hatte in der KPD eine opportunistische und liquidatorische Strömung in der KPD die Mehrheit errungen. Weitergehende Kritiken am Programm der Partei von 1993 sind – wie oben dargelegt – ebenfalls berechtigt.

Aus allen diesen Gründen ziehen wir den Artikel im Roten Morgen Nr. 6/2007 zurück und üben für seinen Inhalt und seine Form gegenüber der IKMLPO Selbstkritik.

Wir halten aber daran fest, dass der Beschluss, uns aus der Konferenz auszuschließen, falsch war.

Denn es bleibt festzuhalten, dass die KPD nicht im Sumpf des Opportunismus und Liquidatorentums versunken ist. Wir haben den Kampf gegen die parteifeindliche Strömung erfolgreich geführt. Die KPD steht auf marxistisch-leninistischen Grundlagen und wird diese weiter entwickeln. Die IKMLPO wird deshalb, davon gehen wir aus, in der einen oder anderen Form ihren Beschluss überdenken.

Wir bekräftigen jedenfalls, dass wir auf dem Boden der Erklärung von Quito stehen und die IKMLPO als die derzeitige internationale Form der Vereinigung der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen betrachten.

Davon unberührt ist unsere Kritik an der TDKP. Die Führung der TDKP hat unsere Partei verschiedentlich kritisiert und diese Kritiken waren im Wesentlichen richtig und zutreffend. Das ist die eine Sache.

Andererseits können wir nicht davon absehen, dass es in der Türkei keine marxistisch-

leninistische Partei gibt. Die TDKP wurde von ihrer Führung liquidiert und es scheint so, dass sie nur noch im Rahmen der IKMLPO auftritt.

Vorwärts zum Aufbau der kommunistischen Partei!

Mit diesem Parteitag und dem Rechenschaftsbericht haben wir die ersten Ansätze für die Aufarbeitung der Ursachen für die Fehler in der bisherigen Entwicklung der Partei gemacht. Es ist notwendig, dass diese Fragen von der Partei weiter untersucht und analysiert werden.

Wir werden die Tür weit öffnen für die Vereinigung der Marxisten-Leninisten Deutschlands in einer Partei, die in der Arbeiterklasse verankert ist.

Damit schaffen wir auch die Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Revolution in Deutschland, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus.